Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Umweltausschusses der Gemeinde Aumühle am
Dienstag, dem 10.01.2012 - Nr.1/2012 - 20.00 Uhr in Aumühle
(Rathaus, Bismarckallee 21)

Anwesend: **Vorsitzender Wolfgang Schättgen**
stellv. Vorsitzender Axel Mylius
Mitglied Jörg Baumgard
Mitglied Hans Dienemann
Mitglied Dr. Angelika Müller
Mitglied Dr. Gerhard Paus
Mitglied Jürgen Steußloff

Es fehlen: ---

Außerdem: Bürgermeister Dieter Giese,
Protokollführerin Frau Geile

Zu TOP 1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Schättgen, eröffnet die öffentliche Sitzung des Umweltausschusses und begrüßt die Anwesenden.

Er stellt fest, dass

- a) die Mitglieder durch schriftliche Einladung vom 12.12.2011 form- und fristgerecht eingeladen worden sind,
- b) Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung öffentlich durch Aushang bekannt gemacht worden sind,
- c) der Ausschuss beschlussfähig ist, da mehr als die Hälfte der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder anwesend ist.

Die Tagesordnung lautet wie folgt:

Tagesordnung

- 1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2. Änderungen/Ergänzungen der Tagesordnung öffentlicher Teil
- 3. Einwendungen zur Niederschrift über die Sitzung vom 25.10.2011
- 4. Bericht über die Ausführung von Beschlüssen (Protokoll vom 25.10.2011) -
Ellerholde-Brücke -
- 5. Beschluss Baumschutzsatzung
- 6. Änderung Straßenreinigungssatzung
- 7. Gebührensatzung für die Straßenreinigung
- 8. Straßensanierung Sachsenwaldstraße (ab Ernst-Anton-Straße)
- 9. Beschluss Reparatur Regenwasserrückhaltebecken
- 10. Parkplatz FFW
- 11. Aufträge HSE OFW-Kanalsanierung für 2012
- 12. Stolperstein
- 13. Nächste UWA-Sitzung am Donnerstag, 27.03.2012
- 14. Anfragen und Mitteilungen
- 15. Beschlussfassung über den Ausschluss der Öffentlichkeit für nichtöffentlich zu behandelnde Tagesordnungspunkte

18. Wiederherstellung der Öffentlichkeit zur Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Zu TOP 2. Änderungen/Ergänzungen der Tagesordnung öffentlicher Teil

Es bestehen folgende Änderungs-/Ergänzungswünsche zur Tagesordnung:

Es wird beantragt:

TOP 5 - Baumschusssatzung - von der Tagesordnung zu nehmen.

TOP 1. bis 3. sollen bestehen bleiben.

TOP 10 - Parkplatz FFW - wird auf den Platz von TOP 4 vorgezogen. Herr Weis ist zu diesem TOP anwesend und möchte etwas dazu sagen.

TOP 4 - Bericht über die Ausführung von Beschlüssen - wird dann TOP 5.

TOP 6. bis 8. bleiben bestehen. Herr Weis merkt an, dass er zu TOP 8. noch nichts sagen kann.

Es wird beantragt, TOP 9 in den nichtöffentlich aufzunehmen. Dies erfolgt nicht. TOP 9. bleibt im öffentlichen Teil der Sitzung bestehen.

Als TOP 10. Wird die Grundstücksentwässerung Tannenweg 4 aufgenommen.

TOP 11. bleibt bestehen.

TOP 12 - Stolperstein - wird von der Tagesordnung genommen und dem Personal- und Koordinierungsausschuss zugewiesen.

TOP 13. wird dadurch neuer TOP 12. und TOP 14. wird TOP 13.

Der nichtöffentliche Teil mit TOP 16. und 17. wird von der Tagesordnung genommen, da es hierzu keine Anträge gibt. Dadurch erübrigen sich auch TOP 15. und TOP 18.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	7	Ja-Stimmen
	0	Nein-Stimmen
	0	Stimmenthaltung

Die Tagesordnung lautet nun wie folgt:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Änderungen/Ergänzungen der Tagesordnung öffentlicher Teil
3. Einwendungen zur Niederschrift über die Sitzung vom 25.10.2011
4. Parkplatz FFW
5. Bericht über die Ausführung von Beschlüssen (Protokoll vom 25.10.2011) - Ellerholde-Brücke -
5. Beschluss Baumschutzsatzung
6. Änderung Straßenreinigungssatzung
7. Gebührensatzung für die Straßenreinigung
8. Straßensanierung Sachsenwaldstraße (ab Ernst-Anton-Straße)
9. Beschluss Reparatur Regenwasserrückhaltebecken
10. Grundstücksentwässerung Tannenweg 4
11. Aufträge HSE OFW-Kanalsanierung für 2012
12. Nächste UWA-Sitzung am Donnerstag, 27.03.2012
13. Anfragen und Mitteilungen

Zu TOP 3. Einwendungen zur Niederschrift über die Sitzung vom 25.10.2011

Es bestehen keine Änderungs-/Ergänzungswünsche zur Niederschrift; sie ist damit genehmigt.

Zu TOP 4. Parkplatz FFW**Bericht:**

Durch die Hanseatische Feuerwehr-Unfallkasse Nord (FUK Nord) werden 18 Einstellplätze für die Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehr Aumühle auf dem Gelände an der Bergstraße gefordert. Die Herstellung dieser Plätze ist aus sicherheitstechnischen Gründen erforderlich.

Die Gesamtkosten für die Herstellung der Einstellplätze sollten einschließlich Beleuchtung und Ingenieurleistungen rund 63.000,00 Euro betragen. Die Maßnahme wurde daher aus Kostengründen im Jahr 2011 nicht mehr durchgeführt. Es sollte unter Mitwirkung aller Beteiligten eine kostengünstigere Lösung gefunden werden.

Am 17. November 2011 hat eine Besprechung in dieser Angelegenheit mit allen Beteiligten stattgefunden. Die Aktennotiz des Ingenieurbüros Weis + Partner ist beigefügt (siehe Anlage 1).

Durch Veränderungen in der Ausführung, u. a. auch bei der Beleuchtung, konnte eine Kostenreduzierung erfolgen. Darüber hinaus wird durch den Bauhof das Fällen der Bäume übernommen. Die Gesamtkosten belaufen sich nunmehr auf rund 55.000,00 Euro. Die geplante Anlage entspricht nach wie vor den erforderlichen Sicherheitsbestimmungen.

Die Gemeindevertretung hat daraufhin für diese Maßnahme im Vermögenshaushalt 2012 bei der Haushaltsstelle 12.2.13000.94000 (Schaffung von Stellplätzen) die erforderlichen 55.000,00 Euro bereitgestellt.

Der Bürgermeister beabsichtigt, entsprechend der Planungen vom 19.11.2011, die Einstellplätze für die Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehr auf dem Gelände an der Bergstraße herstellen zu lassen.

Die Planung wird in der Sitzung vorgestellt. Herr Weis vom Ingenieurbüro wird anwesend sein.

Der Bürgermeister ist nach § 3 der Hauptsatzung berechtigt, nach der Durchführung eines Vergabeverfahrens, die Aufträge zur Herstellung der Einstellplätze im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu erteilen.

Der Umweltausschuss nimmt von der Herstellung der 18 Einstellplätze für die Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehr auf dem Gelände an der Bergstraße gem. der vorgestellten Planung zustimmend Kenntnis.

Herr Giese erstattet seinen Bericht.

Herr Weis stellt die erste Variante vor und veranschaulicht dies an entsprechenden Bildern. Für die erste Variante entstehen Kosten von 43.000 Euro brutto. Für die Beleuchtung sind 2.000 bis 2.500 Euro angesetzt. Für 2 neue Leuchten ist man bei ca. 3.500 bis 4.000 Euro plus Ingenieurskosten. Insgesamt würde diese Variante ca. 50.000 Euro kosten.

Herr Weis stellt seine zweite Variante vor. Er macht darauf aufmerksam, dass der Weg von der Fahrgasse um 2,5 m länger wird. In der Gesamtsumme schlägt diese Variante mit 46.000 Euro zu Buche plus Beleuchtungs- und Ingenieurskosten.

Es werden Meinungen zu den beiden Varianten ausgetauscht.

Es stellt sich heraus, dass 2,5 m Fahrgassenverlängerung 2.500 Euro Mehrkosten verursachen.

Herr Weis weißt darauf hin, dass die Lösung von Herrn Mylius aus Kostengründen nicht umsetzbar sein wird.

Die Vor- und Nachteile der beiden Varianten werden gegenübergestellt und auch mit der Lösung von Herrn Mylius verglichen:

In der ersten Variante wäre man näher am Gerätehaus. Man hat eine gerade durchgehende Straße gegenüber der verschränkten Variante. Man hat 6 Parkplätze auf der einen Seite. Man muss nicht groß umbauen und keine Grünflächen wegnehmen. Dadurch würden keine zusätzlichen Kosten entstehen. Variante 1 erfordert es, dass 18 Bäume gefällt werden.

Die verschränkte Lösung (2. Variante) erfordert es, dass 21 Bäume gefällt werden. Das Verschränkte in Variante 2 ist ein Nachteil. Auf der einen Seite hat man nur 3 Parkplätze. Sie ist weiter weg und teurer. Variante 1 ist dichter dran als die Lösung von Herrn Mylius und ist kostengünstiger.

Bei Variante 1 werden bestehende Strukturen genutzt. Die Lösung von Herrn Mylius erfordert eine längere Fahrtrasse. Dadurch entstehen Mehrkosten.

In Variante 1 müssen evtl. mehr Bäume gefällt werden als in der Lösung von Herrn Mylius. In Variante 1 sind kürzere Wege im Vergleich zu der Lösung von Herrn Mylius.

Lösung 1 bietet 18 Stellplätze, Schnelligkeit und Sicherheit.

Frau Dr. Müller schlägt vor, die Parkplätze 1-5 aus dem Lösungsvorschlag von Herrn Mylius nach unten abzuklappen, sodass diese an dem bereits vorhandenen freien Platz anliegen.

Die Lösung von Herrn Mylius ist am teuersten und wird nochmal 3.000-4.000 Euro teurer, da die Straße dort am längsten ist.

Es wird abgestimmt über Variante 2., welche die teuerste ist. Keiner ist für diese Lösung.

Es wird abgestimmt über den Lösungsvorschlag von Herrn Mylius mit Verschwenkung. Das Ergebnis lautet wie folgt:

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	4	Ja-Stimmen
	2	Nein-Stimmen
	1	Stimmenthaltung

Zu TOP 5. Bericht über die Ausführung von Beschlüssen (Protokoll vom 25.10.2011) - Ellerholde-Brücke -

1. Ellerholdesteg:

Die Behörde hat enorme Probleme mit der Entscheidung vom Reinbeker Bürgermeister, Herrn Bärendorf. Die Behörde wartet auf die Zulassung des GFK. Die Lösung der Firma Hacon kann man einfach einhängen, ohne dass etwas verweift werden muss.

Herr Wulf prüft, ob im Zulassungsverfahren eine Ausnahme möglich ist, damit das Material bereits vor der Zulassung genutzt werden kann. Herr Wulf sagte, es dauert ca. 3-4 Wochen, bis es geklärt ist.

Wenn es zu einer GFK-Abdeckung kommt, muss der Antrag bei der AktivRegion ergänzt werden, wenn der Zuwendungsbescheid noch nicht erteilt worden ist.

2. Straßenschäden

Die nördliche Seite der Kuhkoppel war vornehmlich angesprochen worden. Die Schlaglöcher sind bisher nicht ausgebessert worden. Im September wurde verabredet, dass das sofort gemacht wird.

Es kommt die Frage auf, was getan werden kann, damit die Schlaglöcher ausgebessert werden und ob es Gründe dafür gibt, dass dort bisher noch nichts geschehen ist.

Herr Giese wird mit dem zuständigen Sachbearbeiter einen Termin für eine Ortsbesichtigung vereinbaren. Möglicherweise ist witterungsbedingt noch nichts geschehen.

3. Verkehrsregelnde Maßnahmen - Bergstraße -

Die Schilder (beschränktes Halteverbot) sind auf der Seite der Feuerwehr und auf der anderen Seite aufgestellt worden.

Es gibt noch das Problem mit den Dauerparkern und mit der Straßenreinigung.

In Hamburg werden variable Schilder aufgestellt, dass z. B. montags von 8-12 Uhr die Straße gereinigt wird und absolutes Halteverbot gilt. Es kommt die Frage auf, ob solche Schilder nicht auch in Aumühle aufgestellt werden könnten (von Börsener Straße die Bergstraße hinunter bis zur Großen Straße). In Hamburg werden die Autos dann kostenpflichtig abgeschleppt, wenn in der Zeit jemand dort parkt.

Die Machbarkeit und Umsetzbarkeit für solche Schilder in Aumühle muss geprüft werden.

Der Bürgermeister wird gebeten, mit der Ordnungsbehörde abzuklären, ob man montags in der Zeit von 6 bis 12 Uhr die ganze Bergstraße einseitig Halteverbotsschilder aufstellen darf.

4. Verkehrszählung - Kuhkoppel / Emil-Specht-Alle -

Es ist ungefähr eine doppelte Anzahl von Schnellfahrern vorhanden beim Herausfahren aus Aumühle.

Eine erhebliche Anzahl der Autofahrer fährt zu schnell, sowohl beim Rein- als auch beim Rausfahren.

Bei den Reinfahrern halten sich nur 20% an die Geschwindigkeit. Beim Rausfahren halten sich nur 10% an die Geschwindigkeit von 30 km/h.

Der überwiegende Teil bewegt sich zwischen 30-40 km/h.

Die Frage, ob es notwendig ist, geschwindigkeitsbegrenzende Maßnahmen einzuleiten in Form von Schwellern oder Verengungen durch (Holz-)Pfosten wird diskutiert.

Eine Meinungserhebung ergibt, dass die überwiegende Mehrheit der Ausschussmitglieder eine geschwindigkeitsbegrenzende Maßnahme befürworten würde.

Dieser Punkt soll zur nächsten UWA vorgelegt werden.

Aus der zu erstellenden Vorlage muss ersichtlich sein, ob es Schwellern, (Holz-)Pfosten oder Teller sein sollen. - Es muss klar sein, was möglich ist und was wie viel kostet.

5. Heckenrückschnitt

Das Amt wurde mehrfach aufgefordert, der Pflicht nachzukommen. Es ist teilweise der Verpflichtung nachgekommen und hat teilweise Bürger angesprochen.

Herr Schättgen hat gebeten, Straßenbeleuchtungen freizuschneiden. Ihm wurde mitgeteilt, dass man derzeit überlastet ist und man dem nachgehen wird, wenn die Kapazitäten frei sind.

6. Abrechnung winterbedingter Schäden

2009/2010 wurde durch Herrn Weis eine Hochrechnung erstellt. Es gab einen Antrag von 200.000 Euro. Die Gemeinde hat einen Zuschuss von 100.000 Euro erhalten.

Ein Großteil ist in die Sachsenwaldstraße gegangen,. Es wurden nur ca. 92.000 Euro verbraucht.

7. Straßen- und Wegekataster

Herr Weis ist noch nicht dazu gekommen, Straßen- und Wegekataster zu erstellen.

8. Schulwegsicherung

Es hat sich bisher nichts weiter getan. Die Sache ruht noch.

Herr Giese weist darauf hin, dass für Druckampeln Genehmigungen benötigt werden.

Die Arbeitsgruppe arbeitet noch daran.

9. Park & Ride am Bahnhof

Die Arbeitsgruppe prüft die Grundbesitzfragen. Es gibt noch keinen weiteren Fortschritt.

10. 50/50-Projekt

Es ist eine Dame eingestellt worden, die das 50/50-Projekt mit Leben füllen soll. Sie ist zum 01.12.2011 beim Amt in Büchen angestellt worden. Herr Jäger vom Amt hat mit ihr am 19.01.2012 einen Termin vereinbart. Dann wird alles besprochen, ein Konzept erarbeitet und den Schulverbänden vorgestellt. Wie das im Einzelnen aussehen soll, kann man noch nicht sagen. Es sind 4-5 Schulverbände daran beteiligt.

Zu TOP 6. Änderung Straßenreinigungssatzung

Sachverhalt:

Im Zuge der Beratungen zur Änderung bzw. Neufassung der Gebührensatzung für die Straßenreinigung in der Gemeinde Aumühle war mehrheitlich die Auffassung vertreten worden, die Straßenreinigungssatzung und die Gebührensatzung zu harmonisieren, da nicht ausreichend deutlich wurde, welche Aufgaben dem Grundstückseigentümer obliegen und welche umlagefähigen Arbeiten von der Gemeinde vorgenommen werden.

Darüber hinaus war auch mehrheitlich deutlich gemacht worden, dass alle Straßen im Gemeindegebiet maschinell gereinigt werden sollen, soweit diese asphaltiert sind. Demnach gibt es in der Gemeinde nur noch den Tannenweg, der nicht maschinell gereinigt werden kann, da er mit einer wassergebundenen Kiesschicht befestigt ist.

Auf dieser Grundlage wurde die Straßenreinigungssatzung entsprechend geändert. Folgende Änderungen gegenüber der seit dem Jahre 2009 geltenden Satzung wurden eingearbeitet:

1. Der § 1 beinhaltet nunmehr den Grundsatz, dass alle dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wege und Plätze innerhalb der geschlossenen Ortslage bzw. innerhalb der Ortsdurchfahrt zu reinigen sind und dass der Winterdienst ebenfalls von der Straßenreinigung erfasst wird. Der bisherige Abs. 2 entfällt infolge der Regelungen in § 2 vollständig.
2. In § 2 wurden jetzt detailliert die Reinigungsverpflichtungen des Grundstückseigentümers auf der einen Seite und der Gemeinde auf der anderen Seite aufgelistet. Dabei wurde dann klar gelegt, dass die Gemeinde in den in der Anlage zur Satzung aufgezählten Straßen die Reinigung der Fahrbahn und der Rinnsteine durchführt. Dabei wurde auch klar gestellt, dass in den Straßen, in denen ein Fußweg nicht vorhanden ist, der Winterdienst durch die anliegenden Grundstückseigentümer durchzuführen ist.
3. In § 3 Abs. 2 wurde dann die Häufigkeit des Reinigungsintervalls getrennt nach Straßen (1 x wöchentlich) und den Straßenteilen, die durch die Eigentümer zu reinigen sind (1x monatlich bei Bedarf auch häufiger) festgesetzt.

4. Das Straßenverzeichnis wurde angepasst und umfasst nun alle Straßen, die maschinell gereinigt werden. Diese Straßen unterliegen demnach auch der Gebührenpflicht.

Infolge dieser Änderung der Straßenreinigungssatzung ist eine Anpassung der Gebührensatzung nicht erforderlich. Diese kann in der der Gemeindevertretung vorgelegten Fassung verabschiedet werden. Auch der Gebührensatz ändert sich durch die Hinzunahme der Straßen östlich der Kuhkoppel nicht.

Eine Synopse der Änderungen ist in der Anlage dieser Vorlage beigefügt.

Finanzielle Auswirkungen: Nein

Es ging damals um die Frage, ob Teile der Kuhkoppel maschinell gereinigt werden können. Es ging um den Otterweg, den Eichhörnchenweg und den Fasanenweg. Bei der Ortsbesichtigung ging es darum, ob man diese drei Straßen maschinell reinigen kann ohne die Straßen weiter zu beschädigen. (Siehe Anlage 2)
Es ist nicht ausreichend, die Schlaglöcher auszubessern, da die Straßenränder teilweise erheblich beschädigt sind.

Es wird über die Straßenreinigung, die Ausbesserung der Schlaglöcher und die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer diskutiert.

Es wird diskutiert, ob die Anwohner selbst die Straßen reinigen sollten und dies durch das Ordnungsamt überprüft werden sollte. Des Weiteren geht es darum, wie oft die Straßen von den Anwohnern gereinigt werden müssten.

Die Frage kommt auf, ob die Gemeinde belangt werden kann, wenn durch die Benutzung der Kehrmaschine die Straßen weiter beschädigt werden.

Beschlussvorschlag:

Der Umweltausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung die dem Protokoll beigefügte 1. Nachtragssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung in der Gemeinde Aumühle (Straßenreinigungssatzung) zu beschließen.

Beratungsergebnis:

anwesend	dafür	dagegen	Enthaltung	Laut Beschlussvorschlag	Abweichender Beschluss
6	5	0	1	x	

Aufgrund des § 22 GO (Befangenheit) war Herr Paus von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Er war weder bei der Beratung noch Abstimmung anwesend.

Zu TOP 7. Gebührensatzung für die Straßenreinigung

Sachverhalt:

Die Gebührensatzung für die Straßenreinigung in der Gemeinde Aumühle ist letztmalig durch den IV. Nachtrag vom 12.11.2001 geändert worden. Demnach betragen die Reinigungsgebühren seit dem 01.01.2001 je Meter Straßenfrontlänge 1,58 Euro jährlich.

Es ist zu prüfen, ob der derzeitige Gebührensatz anzupassen ist.

Grundlage für die Errechnung der Straßenreinigungsgebühr war bislang ausschließlich die maschinelle Straßenreinigung durch das von der Gemeinde beauftragte Reinigungsunternehmen. Nicht mit in die Gebühren eingeflossen sind die Kosten für die Entleerung der Straßenpapierkörbe sowie den Winterdienst. Vor diesem Hintergrund ist auch eine 100 %ige Deckung der anfallenden Kosten in § 1 der Satzung normiert worden. Die Reinigung der Straßen erfolgt derzeit wöchentlich.

Hinweis: Nach ständiger Rechtsprechung beträgt der gemeindliche Anteil an den Straßenreinigungskosten 15 %. Dieses würde jedoch voraussetzen, dass alle in die Gebührenrechnung einfließenden Kosten der Straßenreinigung, also auch der Winterdienst und die Leerung der Straßenpapierkörbe, berücksichtigt werden. Darauf hat die Gemeinde Aumühle in der Vergangenheit verzichtet und vielmehr diese zusätzlichen Kosten der Straßenreinigung als gemeindlichen Anteil übernommen. Alleine die Sachkosten für den Winterdienst betragen im Durchschnitt jährlich rd. 8.000 - 9.000 EURO. Darin nicht enthalten sind die Personalkosten sowie die Kosten für Fahrzeuge und Geräte (Abschreibung und Verzinsung). Diese Regelung sollte auch in Zukunft so beibehalten werden. Der 15 %ige Gemeindeanteil ist damit mehr als erfüllt. § 1 der Satzung wurde entsprechend angepasst, so dass dieses auch für den Gebührenpflichtigen deutlich wird.

Nach den vorliegenden Haushaltszahlen ist festzustellen, dass die Unterdeckung bei der Haushaltsstelle 67500 im Jahre 2007 rd. 11.000,-- € und im Jahre 2008 rd. 8.300,-- € betrug. Im Jahre 2009 standen Sollausgaben in Höhe von 33.632,86 € Solleinnahmen in Höhe von 32.204,44 € gegenüber, sodass Mindereinnahmen nur noch in Höhe von rd. 1.400 € entstanden sind.

Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass im Haushalt keine Verwaltungskostenbeiträge (5 % der Einnahmen) veranschlagt worden sind; dieses muss entsprechend in den kommenden Haushalten korrigiert werden.

Der Grund für den doch erheblich geringeren Zuschussbedarf im Jahre 2009 liegt im wesentlichen darin begründet, dass die Entsorgungskosten für das Kehrgut gegenüber dem früheren Reinigungsunternehmen um knapp 20,00 € / t netto gesunken sind.

Für das Jahr 2010 wurden folgende Kosten für die maschinelle Straßenreinigung in Rechnung gestellt:

Reinigung:	17.641,32 €
Kehrgutentsorgung:	<u>14.656,80 €</u>
	32.298,12 €
zzgl. Mehrwertsteuer	6.136,65 €
zzgl. Verwaltungskostenbeitrag (5 % v. 31.761,46 €)	
	<u>1.588,07 €</u>
Gesamtkosten	40.022,84 €.

Bezogen auf die Gesamtreinigungsfläche von 24.682 m ergibt sich damit ein Gebührensatz von 1,63 EURO je Straßenfrontmeter, was eine Erhöhung um rd. 3 % bedeuten würde. In diesem Zusammenhang ist festgestellt worden, dass inzwischen Straßenteile gereinigt werden, die noch nicht veranlagt worden sind. Das ist darauf zurückzuführen, dass gegenüber den früheren Vereinbarungen nunmehr auch Straßen gereinigt werden können, die nicht über einen Bordstein verfügen. Diese Flächen sind nachträglich ermittelt worden;

nach Beschlussfassung über die vorgeschlagene Gebührensatzung sind diese dann entsprechend zu veranlagern.

Die jetzt errechnete Summe der zu veranlagenden Straßenfrontmeter beträgt 23.140 lfd. Meter. Diese Differenz zur Reinigungsfläche ist auf die „Eckgrundstücksvergünstigung“ zurückzuführen.

In den Straßenfrontmetern sind auch die Frontlängen der gemeindlichen Grundstücke enthalten. Die Frontmeter der gemeindlichen Grundstücke betragen insgesamt rd. 800 lfd. Meter, für die die Gemeinde Aumühle zahlungspflichtig ist und auch veranlagt wird. Nicht in der Auflistung der veranlagten Frontmeter enthalten ist der von der Gemeinde zu tragende Anteil von 25 % der Straßenfrontmeter bei Eckgrundstücken (s. § 4 Abs. 4 der Satzung).

Es wird empfohlen, ab 01.01.2012 den Gebührensatz für die Straßenreinigung auf 1,63 EURO je Meter Straßenfrontlänge festzusetzen und die beiliegende Gebührensatzung zur Straßenreinigungssatzung zu erlassen.

Diese Satzung wurde aufgrund der vielen Nachträge und der Tatsache, dass die Ursprungssatzung bereits aus dem Jahre 1993 stammt, vollständig neu gefasst. Die Änderungen gegenüber der noch in Kraft befindlichen Satzung sind fett - kursiv gedruckt. Im Wesentlichen handelt es sich um kleine Änderungen bzw. Anpassungen, die entweder heute standardmäßig in eine Satzung einzuarbeiten sind (Datenerhebung § 7) oder aber Klarstellungen wie z. B. § 3 Satz 2. Aus den Erfahrungen des letzten Winters wurde ebenfalls eine Regelung in § 5 Abs. 2 letzter Satz eingefügt, die eine Erstattung der Straßenreinigungsgebühren aufgrund von Witterungsverhältnissen ausschließt.

Der Satzungstext ist in der Anlage dieser Vorlage beigelegt. Es wird empfohlen, die Satzung zum 01.01.2012 in Kraft zu setzen. Ein rückwirkendes Inkraftsetzen (z. B. zum 01.01.2011) kommt nicht in Betracht, da anderenfalls das Schlechterstellungsverbot beachtet werden müsste und dieses letztendlich eine rückwirkende Gebührenerhöhung bei der Masse der zu veranlagenden Grundstückseigentümer verhindert.

Finanzielle Auswirkungen: Nein

Beschlussvorschlag:

Der Umweltausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung Aumühle, die Gebührensatzung für die Straßenreinigung zu beschließen.

Beratungsergebnis:

anwesend	dafür	dagegen	Enthaltung	Laut Beschlussvorschlag	Abweichender Beschluss
7	7	0	0	x	

Aufgrund des § 22 GO waren keine Gemeindevertreterinnen/Gemeindevertreter von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Herr Giese wird gebeten, das Amt zu bitten, eine Präambel zu schreiben, damit der Bürger die Satzung besser verstehen kann.

Zu TOP 8. Straßensanierung Sachsenwaldstraße (ab Ernst-Anton-Straße)

Herr Weis ist beauftragt worden, die Kosten zu ermitteln. Er hat letzte Woche dort gemessen, aber die Kosten noch nicht zusammengestellt.

Daher muss dieser TOP in die nächste Umweltausschusssitzung verlegt werden, wenn die Daten von Herrn Weis vorliegen.

Zu TOP 9. Beschluss Reparatur Regenwasserrückhaltebecken

Sachverhalt:

Das Regenrückhaltebecken (RRB) Schlucht am Bahndamm wurde im Jahre 1986 erbaut. Nach der Fertigstellung des RRB wurden auf der Wasserfläche bewachsene Schwimmkampen von der Firma Bestmann installiert. Dieses System wurde gewählt, da aufgrund der Höhenverhältnisse eine Ansiedelung von Wasserpflanzen im Uferbereich nur in Teilflächen möglich war bzw. ist.

Vor längerer Zeit wurde durch ein Starkregenereignis die Schwimmkampen aus ihrer Verbindung gerissen und dadurch teilweise beschädigt. Aus diesem Grund wurde die Firma Bestmann kontaktiert und gebeten ein Angebot für die Reparatur und den Einbau der Schwimmkampen zu generieren. Die Firma Bestmann hat auf diesem Gebiet seit 26 Jahre Erfahrung mit dem Bau und Betrieb von Schwimmkampen.

Die Firma Bestmann hat am 06.10.2011 ein Angebot für die Reparatur und den anschließenden Einbau der Schwimmkampen abgeben.

Die Angebotssumme beläuft sich auf 6.073,76 € brutto.

Weitere Angebote konnte nicht eingeholt werden, da keine Fachfirma für die Reparatur und den anschließenden Einbau des Schwimmkampensystems gefunden wurde.

Der Ausschuss wird gebeten die Alternativposition zu Position 1 zu beraten. Die Mehrkosten würden sich auf 678,30 € brutto belaufen; die Gesamtsumme 6.752,06 Euro

Der Bürgermeister ist nach § 3 Abs. 2 der Hauptsatzung bevollmächtigt, Aufträge im Rahmen der Haushaltsmittel und nach Durchführung eines Vergabeverfahrens zu erteilen.

Finanzielle Auswirkungen: Ja

im Verwaltungshaushalt:	Ja	2012
im Vermögenshaushalt:	Nein	

Es gibt zwei Regenwasserrückhaltebecken, die vor einiger Zeit erneuert wurden. Sie sind nicht richtig gewartet worden und mit der Zeit verkommen.

Die Kampen sind bei einem starken Regenfall beschädigt und weggespült worden.

Es liegt ein Kostenvoranschlag zur Reparatur der Krampen vor. Dieser Kostenvoranschlag ermächtigt den Bürgermeister, der Reparatur zuzustimmen.

Bei der Gemeindevertretung wurde auf die Mängel aufmerksam gemacht.

Es kommt kurz die Frage auf, wie die defekten Kampen entsorgt werden können.

Beschlussvorschlag:

Der Umweltausschuss empfiehlt, die Reparatur und den anschließenden Einbau der Schwimmkampen am Regenrückhaltebecken Schlucht am Bahndamm mit der Position Alternativ

2 durchzuführen.

Beratungsergebnis:

anwesend	dafür	dagegen	Enthaltung	Laut Beschlussvorschlag	Abweichender Beschluss
7	7	0	0	☒	☐

Aufgrund des § 22 GO waren keine Gemeindevertreterinnen/Gemeindevertreter von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Zu TOP 10. Tannenweg

Sachverhalt:

Am 19.08.2011 erhielt das Bauamt von den Grundstückseigentümern Spangenberg vom Tannenweg 4 die Nachricht, dass Regenwasser über ihre Kasematte in den Keller eingedrungen ist. Aufgrund dessen wurde von den Grundstückseigentümern eine Firma beauftragt den Regenwasserhausanschlusskanal zu untersuchen. Die Untersuchung ergab, dass die auf dem Grundstück befindlichen Rohre frei waren und das keine Rückschlagklappe vorhanden war. Nach diesen Informationen wurde durch das Bauamt veranlasst, den Hauptkanal im Tannenweg zu untersuchen und zu spülen. Bei der Untersuchung wurde festgestellt, dass der Hauptkanal diverse Wurzeleinwuchse aufweist und die Vorflut in der Pflingstholzallee nicht mehr gewährleistet ist, da der Regenwasserkanal dort eingebrochen ist. Des weiteren wurde festgestellt, dass an der 54 m langen DN 150 Steinzeugleitung im Tannenweg nur das Grundstück von den Eheleuten Spangenberg angeschlossen ist. Nach Rücksprache mit der Kreiswasserbehörde muss die Gemeinde den Grundstückseigentümern Spangenberg eine funktionstüchtige Abwasserbeseitigungsanlage vorhalten. Das Bauamt hat zwei Ausführungsvarianten für die Grundstücksentwässerung ausgearbeitet und die Kosten gegenübergestellt.

1. Versickerungsrigole auf dem Grundstück der Betroffenen.

Baugrunduntersuchung	ca. 600,00 Euro
Bau der Rigole	<u>ca. 11.200,00 Euro</u>
Gesamtkosten	ca. 11.800,00 Euro

Nach der Baugrunduntersuchung können erst die genauen Kosten ermittelt werden bzw. festgestellt werden, ob eine Versickerungsrigole auf Grund der Bodenverhältnisse möglich ist.

Zusätzlich müssen die Grundstückseigentümer der Gemeinde die Freigabe für den Bau einer Versickerungsrigole auf deren Grundstück genehmigen. Die Eigentümer haben über eine Anwaltskanzlei erklärt, für den Bau einer Versickerungsrigole z. Zt. keine Genehmigung zu erteilen.

2. Inlinersanierung 54 m RW-Haltung

2 a. Inlinersanierung mit imprägnierten Nadelfilzschlauch

ca. 8.000,00 Euro + ca. 5.000,00 Euro = ca. 13.000,00 Euro

2 b. Alternativ: Inlinersanierung mit Flexoren

ca. 6.700,00 Euro + ca. 5.000,00 Euro = ca. 11.700,00 Euro

Wiederherstellung der Vorflut zwischen dem Tannenweg und der Pflingstholzallee die Baukosten betragen dafür ca. 5.000,00 Euro

Das Bauamt empfiehlt der Gemeinde im Hinblick auf die Verfahrenserleichterung, die Inlinersanierung zu wählen. Außerdem sollte die Gemeinde bedenken, dass die Straße derzeit noch nicht ausgebaut ist.

Der Bürgermeister ist nach § 3 Abs. 2 der Hauptsatzung bevollmächtigt, Aufträge im Rahmen der Haushaltsmittel und nach Durchführung eines Vergabeverfahrens zu erteilen.

Finanzielle Auswirkungen: Ja

im Verwaltungshaushalt: Ja 2012
im Vermögenshaushalt: Nein

Beschlussvorschlag:

Der Umweltausschuss empfiehlt, die Abwasserbeseitigungsanlage mit der Ausbauvariante 2b herzustellen.

Beratungsergebnis:

anwesend	dafür	dagegen	Enthaltung	Laut Beschlussvorschlag	Abweichender Beschluss
7	7	0	0	x	

Aufgrund des § 22 GO waren keine Gemeindevertreterinnen/Gemeindevertreter von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Zu TOP 11. Aufträge HSE OFW-Kanalsanierung für 2012

Bericht:

Bei einem Gespräch am 07.07.11 zwischen den 1. stellv. Bürgermeister Herrn Schättgen, Herrn Franzmann und dem Bauamt wurde verabredet, dass aufgrund der Neueröffnung des Lebensmittelladens von Herrn Franzmann die Sanierungsmaßnahme des Regenwasserkanals in der Großen Straße verschoben wurde.

Begründung für die Verlegung der Sanierungsmaßnahme:

Herr Franzmann hatte der Gemeinde verständlich gemacht, dass er den Umsatzeinbruch durch die Baumaßnahme in den ersten Monaten nicht auffangen kann.

Ergänzend zum Gespräch vom 07.07.2011 wurden folgende Punkte in einem weiteren Gespräch zwischen Bürgermeister Herrn Giese, 1. stellv. Bürgermeister Herrn Schättgen und Herrn Franzmann besprochen und festgelegt:

die Sanierung des Regenwasserkanals (Los 1) in der Großen Straße soll in die Sommerferien 2012 verlegt werden. Die HSE wurde über die Änderung informiert und stimmte dem zu.

Das Bauamt hat daraufhingewiesen, dass es sich bei den Schäden in der Großen Straße um die Schadensklasse V (erhebliche Schäden) handelt und es aufgrund dessen schon vor der geplanten Sanierung zu Schäden kommen kann. Diese Änderung wurde der HSE mitgeteilt.

Stand der Planung:

Für **Los 1 - Große Straße**- wurden bereits die Ausschreibungsunterlagen fertig gestellt.

Für **Los 2 - Steinstraße, Bismarckallee und Im Winkel**- wird im 1. u. 2. Quartal die Grundlagenermittlung erstellt, so dass beide Losnummern zusammen ausgeschrieben werden können.

Die Ausschreibung erfolgt über die HSE.

Haushaltsmittel für Los 1 und 2 sind in Höhe von 200.000,00 Euro vorhanden, was noch zu überprüfen ist. Herr Schättgen weist daraufhin, dass nach seiner Erinnerung nur ca. 130T€ an Haushaltsmitteln in 2012 zur Verfügung stehen. Das Bauamt wird gebeten, das zu überprüfen.

Der Bürgermeister ist nach § 3 Abs. 2 der Hauptsatzung bevollmächtigt, Aufträge im Rahmen der Haushaltsmittel und nach Durchführung eines Vergabeverfahrens zu erteilen. Der Umweltausschuss und die Gemeindevertretung erhalten anschließend eine Information über die Auftragsvergabe.

Zu TOP 12. Nächste UWA-Sitzung

Die nächste UWA-Sitzung findet statt am Donnerstag, den 29.03.2012.

Zu TOP 13. Anfragen und Mitteilungen

1. Bericht:

Die Gemeinde Börnsen möchte ihre Half-Pipe aus Edelstahl für Skater verkaufen. Sie steht auf dem Parkplatz vor der Waldschule am Hamfelderredder und kann dort angesehen werden.

Sollte die Gemeinde Aumühle Interesse bekunden, so ist ein geeigneter Aufstellungsort in Aumühle zu bestimmen.

2. Schreiben von Herrn Mendach

Herr Mendach hat sich beschwert, dass Lkw an der Straße parken, sodass er nicht ohne Gefahr sein Grundstück verlassen kann. BM Giese hat in einem persönlichen Gespräch Herrn Mendach die Problematik erläutert.

3. Unterhaltungsmaßnahmen

Der obere Teil des Eichenweges ist kaputt. Frau Stahl wollte Herrn Weis einen Auftrag erteilen, damit dieser die Kosten ermitteln kann. Hierzu gibt es noch keine weiteren Informationen.

Der Bürger sollte zumindest eine Antwort erhalten, dass sein Schreiben angekommen ist und bearbeitet wird (siehe Anlage 3).

4. Bahnhofnordseite

Im letzten Jahr war ein neuer Gutachter tätig, der vom Landgericht bestellt worden ist. Es wurde das Ergebnis der Untersuchung mitgeteilt. Er hat festgestellt, dass die durchführende Firma Fehler gemacht hat. Er hat die Instandsetzung auf 56.000 Euro geschätzt und die Gesamtkosten (inkl. Folgekosten) auf 80.000 Euro.

Die Sache liegt dem Landgericht vor. Man wartet ab, wie die anderen darauf reagieren. Ein Vergleich kommt aus Sicht der Gemeinde nicht in Betracht.

Es zeichnet sich ab, dass der Fehler klar erkannt wird.

In dem nächsten Vierteljahr könnte es eine Entscheidung geben.

5. Sonstiges

Herr Mylius verteilt Screenshots und bittet darum, dass seine Aussagen zukünftig genau protokolliert werden. Er weist darauf hin, dass seine Aussagen in den letzten Protokollen falsch wiedergegeben worden seien.

Ende der öffentlichen Sitzung: 22:22 Uhr.

Schättgen
Vorsitzender

Geile
Protokollführerin